

Thema: Prater Wien

Autor: FLORIAN KLENK



Die große Not und das kleine Glück

Die Stadt verbietet das kleine Glücksspiel. Ein seltenes Lehrstück vom Sieg der Demokratie über das Geld

KOMMENTAR:

FLORIAN KLENK

Man kann der rot-grünen Stadtregierung für diesen Entschluss gar nicht oft genug danken: Angedrieben vom soeben nach Deutschland ausgewanderten SPÖ-Denker Nikolaus Kowall (Sektion 8) hat sie vergangene Woche beschlossen, den Wildwuchs an Glücksspielautomaten zu stoppen.

Es wird, so das Versprechen, außerhalb von großen (und kontrollierten) Spielhallen keine einarmigen Banditen mehr geben. Spielsüchtige werden ihren Monatslohn nicht mehr an jeder Ecke verlieren und ihre Familien in die Not reißen können.

Man könnte dieses vergleichsweise kleine kommunalpolitische Gesetz auf einer Randspalte vermelden. In Wahrheit steckt dahinter ein Lehrstück in Sachen Demokratie – und ein publizistischer Erfolg unserer Zeitung.

Sieben Jahre lang haben wir die Leidensgeschichten einer wachsenden Schar zerstörter Spieler dokumentiert und die dubiosen Geschäftspraktiken der Glücksspiellobby aufgedeckt. Im Zentrum der Kritik stand ein politisch bestens vernetzter Gumpoldskirchner Weltkonzern: die Novomatic.

Im Jahr 2007 hat der *Falter* das erste Mal über das sogenannte „kleine Glücksspiel“ und Novomatic-Chef „Professor“ Johann Graf berichtet. Die Anwälte von Spielern gaben uns Einblicke in die Straftakte des Konzerns. Die „Novo“ stand damals im Verdacht, in Wien flächendeckend verbotenes Glücksspiel zu betreiben – und zwar mit gefinkelten Automaten, die das Glücksspielgesetz elegant auspielten. Ein engagierter Kriminalbeamter aus St. Pölten, Franz Marton, arbeitete sich in das Thema ein, er traf V-Leute und Spieler, Gutachter und Suchtforscher. Irgendwann aber biss er auf Granit. Die Novomatic, schrieb er in seinen Akt, habe einen „Schutzwahl“ errichtet, um sich vor dem Zugriff von Behörden und Politikern zu schützen. Die Wiener SPÖ-Rebellen

der Sektion 8 haben diesen und andere Berichte gelesen und die Initiative ergriffen.

Das Problem: Das Gesetz erlaubte den einfachen Leuten das „kleine Glücksspiel“. Im Wurstelprater ein paar Münzen einwerfen, ein paar Münzen gewinnen. So war das gedacht.

Die Novomatic aber verteilte sogenannte „Gaminatoren“ über die ganze Stadt. Ihr „kleines Glücksspiel“ konnte mithilfe der Maschinen in wenigen Sekunden ablaufen. Der Schutzzweck des Gesetzes wurde ad absurdum geführt, wie Polizisten und Finanzbehörden kritisierten.

Die Staatsanwaltschaft stellte alle 300 von Amts wegen eingeleiteten

Strafverfahren ein. Der Konzern habe das Gesetz eingehalten.

Die Politiker an der Parteispitze jubelten weiter über das Geld, das die Gaminatoren in die Budgets spülten. Nur die Grätzelpolitiker an der Basis protestierten. Denn ganze Straßenzüge wurden mit diesen elenden Glücksspielkammerln zerstört. Die sozialen Folgekosten wurden der Gemeinschaft übertragen.

Die Novomatic konnte die Debatte steuern. Sie verdient Milliarden und

Die Anliegen der Spielsüchtigen haben sich gegenüber einem Milliardenkonzern ein bisschen durchgesetzt

verschafft in Gumpoldskirchen tausenden Österreichern einen Job. Kritik an dem Konzern war in den Boulevardzeitungsredaktionen und Großparteien nicht wirklich gewünscht.

Wer es mit der Novomatic zu tun bekam, sah ein Wesen mit vielen Köpfen. Manche Häupter lächelten wohlwollend. Die Novomatic inszenierte sich in ihrem Novomatic-Forum als weltoffener und liberaler Mäzen: Der ORF bekam Millionen für Ö1 und „Dancing Stars“, Zeitungen druckten Jubelonderseiten, sogar die *Heute*-Boxen trugen das Logo der Novomatic-Tochter Admiral.

Aber wehe, das spendable Unternehmen wurde von Journalisten oder Politikern kritisiert, da setzte es Drohungen und Klagen. ORF-Redakteure wissen das ebenso wie die Anwälte des *Falter* oder viele der Spieler, die

sich in den Zeitungen und in ORF-Sendungen zu Wort meldeten.

Kritische Berichterstattung über das Glücksspiel fand nur schaumgebremst statt. Politiker – etwa die damalige niederösterreichische Landesrätin Christa Kranzl –, die sich dem Konzern in den Weg stellten, wurden mit Klagen bedroht oder von der regierenden ÖVP niedergemacht.

Politik, Behörden und Medien hatten nicht mehr die Res publica im Sinn oder zumindest die Nöte der horrend anwachsenden Zahl an Spielsüchtigen, sondern die Interessen eines Konzerns, der geschickt lobbiierte. Und vielleicht sogar schmierte.

Noch immer untersucht die Staatsanwaltschaft Wien, ob Novomatic vielleicht auch den damaligen Finanzminister Karl-Heinz Grasser bestochen hat. Zwei Millionen Euro flossen an dessen Freunde. Bestechung? Sowohl Grasser als auch der bei einer Razzia gefilzte Ex-Novomatic-Boss Franz Wohlfahrt bestreiten dies.

Die Novomatic hatte ein liberales Glücksspielgesetz bekommen. In Wien scheinen sich nun die Anliegen der Spielsüchtigen gegenüber den Interessen des Geldes durchzusetzen.

Das ist doch einmal eine schöne Nachricht. Zumindest vorerst. Denn die Novomatic kündigte – drei Verfassungsrechtler zur Hand – bereits an, den Beschluss des Gemeinderats zu bekämpfen. Wir bleiben dran. ☛



Der Autor ist
Chefredakteur
des Falter